



MORO Informationen · Nr. 16/2 · 2017

Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe

Ein MORO-Forschungsfeld

Erste Zwischenergebnisse und vier neue Modellvorhaben



Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

im Forschungsfeld „Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe“ des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) steht die Erarbeitung der Entwicklungs- und Strategiekonzepte der Modellvorhaben der ersten und zweiten Phase kurz vor dem Abschluss.

Es zeigt sich: Jede Region beantwortet auf ihre Weise die Fragestellung nach den finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Instrumenten, die eine zielorientierte Regionalentwicklung ermöglichen. Dies haben die Planspiele in den Modellregionen auf eindrucksvolle Weise belegt. Forschungsassistenz und finanzwissenschaftliche Begleitforschung unterstützen die Modellvorhaben intensiv bei der Erweiterung der regionalplanerischen Ansätze um eine finanzwirtschaftliche Dimension.

Aber wie steht es um die finanziellen Verhältnisse in den Modellregionen? Jede Region erhält im Rahmen des Vorhabens einen Regionsbericht mit Finanzkennzahlen. Nicht zuletzt drücken die Finanzen auch die kommunale Gestaltungskraft aus; und diese hat sich, wie die Untersuchungen der Universität Leipzig belegen, insgesamt positiv, regional jedoch unterschiedlich entwickelt.

Um die positiven Effekte kommunaler Selbstverwaltung zu entfalten, brauchen die Regionen Handlungsspielräume – Handlungsspielräume finanzieller Art. Ob und wie das Zusammenleben in unserem Gemeinwesen gelingt, wie den großen Herausforderungen begegnet werden kann, entscheidet sich in den Regionen und Kommunen vor Ort; und für dieses Gelingen ist ein intakter Haushalt sicher nicht die einzige, aber eine unerlässliche Voraussetzung.

Mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen hat sich thematisch viel bewegt. Vieles wird sich ändern. Dem Grundgesetz wurde im Bereich der schulischen Bildung eigens ein Artikel 104c hinzugefügt, in dem es heißt: „Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der finanzschwachen Gemeinden (Gemeindeverbänden) im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren.“ Es bleibt spannend zu beobachten, ob dies ein erster Schritt hin zu einer Aufweichung des Kooperationsverbotes ist.

Die Neugewichtung der föderalen Zuständigkeiten wird finanziell die Stärkung der Landesebene mit sich bringen. Inwieweit diese Stärkung der Finanzkraft bei den Kommunen der Regionen ankommen wird, bleibt den Ländern im Zusammenspiel mit den Kommunen vorbehalten. Wünschenswert aus Sicht des Bundes ist es jedoch, dass die neuen Rahmenbedingungen auch im kommunalen Finanzausgleich der Länder zum Ausdruck kommen.

Nicht nur neue Rahmenbedingungen stellen das MORO-Forschungsfeld vor neue Herausforderungen - neu sind auch die vier Modellvorhaben der dritten und letzten Förderrunde. Die Modellregionen Kreis Bergstraße, Regionalverband Stuttgart, die Region Halle und die Metropolregion Nürnberg informieren über ihre Regionen, ihre Strategien und Konzepte und mögliche Umsetzungsprojekte. Wir wünschen den Neuen viel Erfolg und hoffen, dass sie von den Erfahrungen, den Erkenntnissen und vom Austausch mit den Vorläuferregionen profitieren.

Gudrun Schwarz
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Berlin

Inhalt

Vorwort.....	2
1 MORO Lebendige Regionen - Eine erste Zwischenbilanz.....	4
1.1 Das Forschungsfeld in Zahlen.....	4
1.2 Das erste Jahr	5
1.3 Erste Ergebnisse.....	6
2 Fokusthema: Interkommunale Zusammenarbeit	8
2.1 Formen und Aufgaben interkommunalen Zusammenarbeit.....	8
2.2 Finanzierungsformen interkommunaler Kooperationen.....	9
2.3 Effekte interkommunaler Zusammenarbeit	10
3 Planspiele.....	11
3.1 Ziel und Methoden.....	11
3.2 Exkurs: Planspiel Saalfeld-Rudolstadt	12
4 Vorstellung der Modellvorhaben der dritten Runde.....	14
4.1 Kreis Bergstraße.....	16
4.2 Region Stuttgart.....	18
4.3 Europäische Metropolregion Nürnberg.....	20
4.4 Region Halle	22
Abbildungsverzeichnis	24
Tabellenverzeichnis.....	24
Literaturverzeichnis	25
Kontakt	26

1 MORO Lebendige Regionen - Eine erste Zwischenbilanz

Mit dem Forschungsfeld „Lebendige Regionen“ gehen das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) der Frage nach, wie eine ganzheitliche und auf künftige Herausforderungen fokussierte Regionalentwicklung gelingen kann. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Aufgabe zu, die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorausschauend zu berücksichtigen.

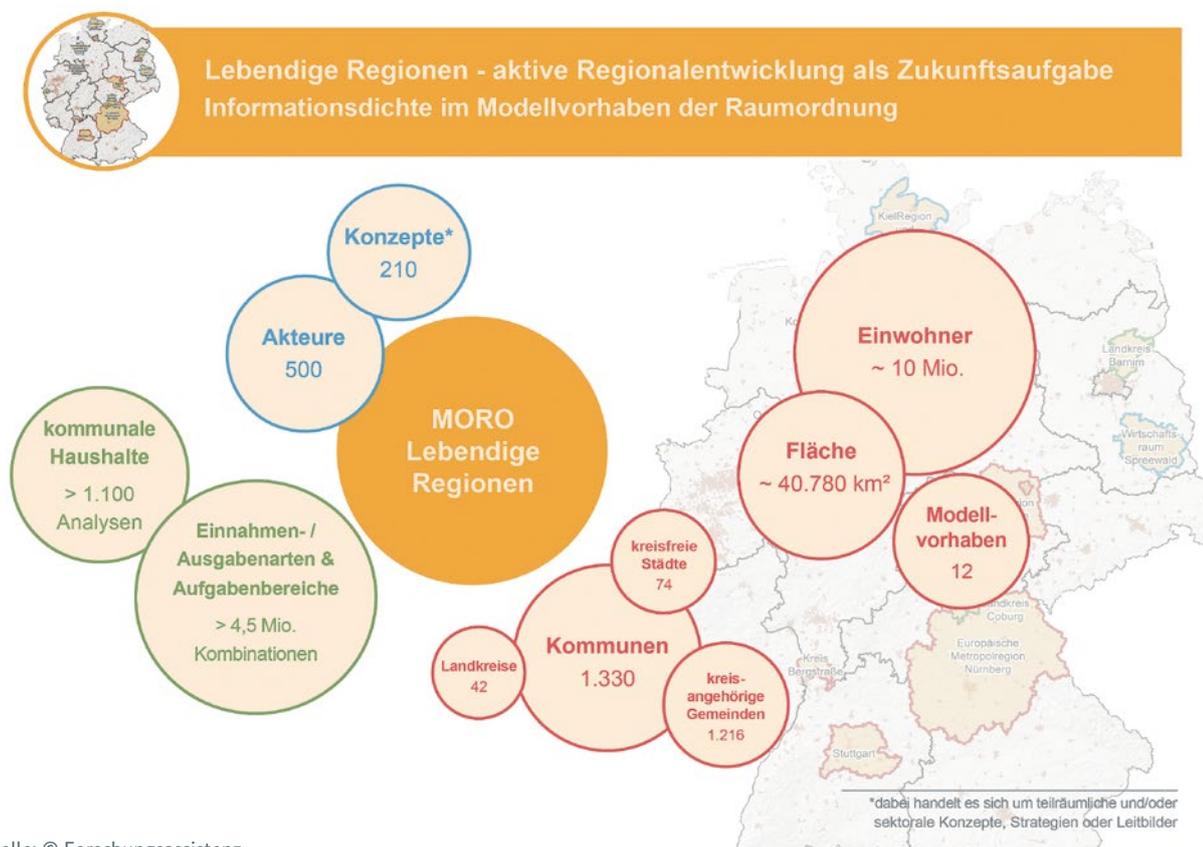
1.1 Das Forschungsfeld in Zahlen

Seit Mitte 2016 werden insgesamt 12 Modellvorhaben im Forschungsfeld „Lebendige Regionen“ gefördert. Die Vorhaben umfassen insgesamt mehr als 1.330 Kommunen beziehungsweise 42 Landkreise, 74 kreisfreie Städte und 1.216 kreisangehörige Gemeinden. Dies entspricht einer Gesamtfläche von mehr als 40.780 km², auf der rund 10 Mio. Einwohner leben.

Die ausgewählten Modellvorhaben durchlaufen derzeit die erste zweijährige Förderphase. Je nach Ausgangssituation wird diese Projektphase dazu genutzt, entweder eine integrierte Strategie, ein Konzept oder bereits realisierungsfähige Projekte zu entwickeln. Hierzu greifen die Projektteams vor Ort auf bereits vorliegende teils räumliche oder sektorale Konzepte zurück. In Zahlen ausgedrückt, wurden im Rahmen dieser Phase bereits über 210 Konzepte in den Regionen aufgegriffen und berücksichtigt (vgl. Abbildung 1).

Auch die Beteiligung von öffentlichen und privaten Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen steht für ein integriertes Vorgehen. Um dies zu sichern, bieten die Projektteams eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten an. Die Bandbreite reicht von regelmäßig stattfindenden Lenkungsgruppen bis hin zu einzelnen Fachveranstaltungen. Mit diesen Formaten wurden bisher über 500 Akteure aus unterschiedlichen Bereichen eingebunden.

Abbildung 1: Das Forschungsfeld in Zahlen



Quelle: © Forschungsassistentz

Ein Alleinstellungsmerkmal des Forschungsfeldes besteht darin, dass während der Laufzeit die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebenden Handlungsspielräume einer aktiven Regionalentwicklung thematisiert werden. Daher werden auch zu festgelegten Zeitpunkten die finanzverantwortlichen Akteure der Region, insbesondere die Kämmerer der verschiedenen Gebietskörperschaften, in die Bearbeitungs- und Entscheidungsprozesse über Planspiele (siehe Kapitel 3) eingebunden.

Außerdem erhält jedes Projektteam von der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung einen Regionsbericht mit Finanzkennzahlen zu der Modellregion. Hierfür wird eine Vielzahl von Datensätzen ausgewertet. In Zahlen ausgedrückt, wurden die Daten von insgesamt mehr als 1.100 kommunalen Haushalten analysiert, was mehr als 4,5 Millionen Kombinationen aus Einnahme-/Ausgabearten und Aufgabenbereichen entspricht (vgl. Abbildung 2).

1.2 Das erste Jahr

Die zwölf Modellvorhaben sind zeitlich versetzt gestartet und befinden sich in unterschiedlichen Phasen ihres Umsetzungsprozesses.

Die Modellvorhaben der ersten beiden Runden laufen bereits seit einem Jahr und befinden sich bereits am Übergang von der analytischen zur konzeptionellen Arbeitsphase. Die Projektteams vor Ort haben das erste Jahr vor allem dazu genutzt, die Ausgangsbedingungen und Situationen vor Ort innerhalb ihrer thematischen Schwerpunkte umfassend zu analysieren und den Handlungsbedarf abzuleiten – dies zumeist unter der intensiven Beteiligung der zuständigen oder betroffenen Akteure. Ziel war es, einen Überblick über die Struktur- und Akteurslandschaft, aber auch die kommunalen, regionalen und überregionalen Rahmenbedingungen zu den jeweiligen Themenschwerpunkten zu

Abbildung 2: Ablauf des Modellvorhabens



Quelle: © Forschungsassistenz

erhalten. Die Projektteams griffen dabei – entweder alleine oder mit Unterstützung durch externen Sachverstand – auf eine breite Methodenpalette zurück. Sie reichte von Arbeitswerkstätten über die Auswertung sekundärstatistischer Daten bis hin zur Erhebung eigener Daten mittels standardisierter Befragungen oder leitfadengestützter Interviews. Dadurch erhielten die Projektteams umfassende Einblicke darin, welche Akteure, Prozesse und Rahmenbedingungen innerhalb der untersuchten Aufgabenbereiche relevant sind und welche Möglichkeiten für ein integriertes Vorgehen bestehen.

Die Vorhaben der dritten Runde sind seit Anfang 2017 am Start. Sie haben das erste halbe Jahr dazu genutzt, die für ihre Themenschwerpunkte relevanten Akteure zu identifizieren und begleitende Strukturen aufzubauen. Es haben bereits erste Veranstaltungen stattgefunden, und es wurden externe Leistungen ausgeschrieben. Die Vorhaben befinden sich nun am Übergang zur analytischen Phase und können hier bereits von den Erfahrungen der ersten beiden Modellvorhabenrunden profitieren. Ein Überblick und ein Einblick in die neuen Modellvorhaben befinden sich in Kapitel 4.

1.3 Erste Ergebnisse

Die Modellvorhaben hatten die Möglichkeit, innerhalb des Forschungsfeldes unterschiedliche Themenschwerpunkte aufzugreifen. Trotz der Themenbreite eint sie die integrierte

Vorgehensweise sowie die Berücksichtigung finanzwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Die Regionen liefern hierzu bereits nach einem Jahr erste Erfahrungen.

So interessiert mit Blick auf den verfolgten ganzheitlichen, integrierten und längerfristigen Ansatz, ob diese Perspektive praxisrelevant ist und wie gewährleistet werden kann, dass diese Perspektive handlungsleitend für die relevanten Akteure wird. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die verfolgte integrierte Vorgehensweise von allen Beteiligten positiv bewertet wird. Sie regt beispielsweise die Diskussion zwischen einzelnen Ressorts an und führt dazu, dass regional bedeutsame Querschnittsthemen wie etwa Integration oder Wohnen in ihrer ganzen Bandbreite in den Blick genommen werden können. Dabei werden auch die Vorteile einer integrierten Betrachtung von Regionalentwicklung und kommunaler Haushaltsführung hervorgehoben. Denn bereits bekannte Aspekte der Regionalentwicklung werden unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltig leistbaren Finanzierung teilweise neu gewichtet. Aus regionalplanerischer Perspektive angezeigte Kooperationsansätze können so dank des Fachwissens der beteiligten Kammereien hinsichtlich eines tatsächlich gegebenen Einsparpotenzials geprüft werden.

Trotz der positiven Erfahrungen werden aber auch Probleme bei einer integrierten Vorgehensweise deutlich. Aufgrund des Abstimmungsaufwandes ist es wesentlich zeitaufwendiger als sektorale Vorhaben. Auch kommt es gerade an den Schnittstellen zwischen einzelnen Fachressorts zu Reibungsverlusten, da der Austausch von Informationen aufgrund gesetzlicher Regelungen schwierig bis unmöglich oder die Bereitschaft, eigene Vorhaben in einen Gesamtzusammenhang zu stellen, gering ist.

Mit Blick auf die Erarbeitung einer integrierten Strategie stellt sich die Frage, wie vorhandene teilträumliche und sektorale Konzepte erfolgreich integriert und welche Synergieeffekte dabei erzielt werden können. Durch die Einbindung der Konzepte konnten sich die Projektteams einen Überblick über die bestehenden Ziele, Aktivitäten und Akteursstrukturen sowie die Wirkungszusammenhänge innerhalb ihrer Schwerpunkte verschaffen. Dies und auch der Rückgriff auf bereits vorhandene Daten und Analysen zu einzelnen Aspekten vermeiden Mehraufwand und Doppelarbeit. Ferner gelten die bestehenden Pläne, Konzepte und Strategien aber auch als Adressart der in den



Quelle: © Kubak

Eine der vier neuen Modellregionen: Region Halle

Modellvorhaben generierten Ergebnisse. So sollen z. B. die Pläne und Strategien mit den Ergebnissen der Modellvorhaben fortgeschrieben werden. Dies stärkt die integrierte Vorgehensweise und längerfristige Perspektive.

Eine ganzheitliche Regionalentwicklung bedeutet jedoch nicht nur eine inhaltliche Integration, damit verbunden ist auch die Frage, wie die unterschiedlichen föderalen Zuständigkeiten und Beteiligten zusammengeführt werden. Die Beteiligung der Akteure ist ein zentrales Anliegen in allen Modellvorhaben – nicht nur im Sinne eines integrierten Vorgehens, sondern auch um die relevanten Akteure stetig im Informationsfluss zu halten und deren Wissen aufzugreifen. Die Beteiligung konzentriert sich vor allem auf den Wirkungskreis innerhalb der gewählten regionalen Abgrenzung.

Das Akteursbild entspricht dem bekannten Bild regionaler Entwicklungsprozesse. Neben vor allem öffentlichen Akteuren aus den beteiligten Kommunen wie z. B. gewählten Vertretern oder (Fach-)Verwaltungsbeamten spielen Vertreter regionaler Institutionen wie z. B. die Wirtschaftsförderung oder Tourismusorganisationen eine wichtige Rolle. Private Akteure wie Unternehmen oder Bürger sind hingegen nur selten vertreten. Eine besondere Rolle spielen die finanzverantwortlichen Akteure, insbesondere die Kämmerer. Ihre Einbindung war verpflichtend, und die Akteure wurden größtenteils direkt und gezielt angesprochen, zumeist in Einzel-, vereinzelt auch in Gruppengesprächen (z. B. Sitzungen oder Workshops). Für die Ansprache der Mandatsträger der betroffenen Kommunen wurden vor allem Formate wie Ausschusssitzungen, Bürgermeisterrunden oder verwaltungsinterne Treffen genutzt. Die Ansprache der Kämmerer erfolgte besonders im Zusammenhang mit der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung. So wurde in den Modellvorhaben der erste Bereisungstermin der Begleitforschung dazu genutzt, die Kämmerer über das Modellvorhaben zu informieren und den Ansatz gemeinsam zu diskutieren.

Im Sinne eines MORO interessiert dabei selbstverständlich auch die Frage, welche Rolle und Aufgaben der Landes- und Regionalplanung im Rahmen einer aktiven und integrierten Regionalentwicklung zukommen und wie deren Einbindung gesichert werden kann. Nach dem bisherigen Stand wird deutlich, dass die Regionalplanung in den Modellvorhaben sehr unterschiedlich je nach regionaler Erfor-

dernis eingebunden wird. Zentrales Anliegen ist dabei vor allem, einen Informationsfluss und die Anschlussfähigkeit zwischen den Aktivitäten des Modellvorhabens im regionalen Kontext und dem Planungsgeschehen sicherzustellen. Während einige Regionen einen eher anlassbezogenen Austausch von Informationen praktizieren, z. B. in Form von Stellungnahmen, Einzelgesprächen oder Werkstätten, wählen andere Regionen einen verbindlicheren und dauerhaften Weg, indem sie die zuständigen Personen in ihre Steuerungsgremien einbinden. In zwei Modellvorhaben werden die Belange der Regionalplanung über die Projektträger selbst eingebunden, da ihnen zugleich die entsprechende Pflichtaufgabe übertragen wurde beziehungsweise sie die strategische Regionalplanung durchführen. Lediglich zwei Modellvorhaben klammern die Frage nach der Einbindung von Vertreterinnen und Vertretern der Regionalplanung bisher aus, da diese aufgrund der gewählten thematischen Schwerpunkte außerhalb des Aufgabenfeldes der Regionalplanung liegen.

Im Sinne des besonderen Forschungsfeldschwerpunktes ist auch die Frage von Interesse, wie die finanzwirtschaftliche Situation der Regionen im Modellvorhaben berücksichtigt werden können. Damit ist vor allem die Frage verbunden, welche finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Instrumente die regionalen Akteure benötigen, um den künftigen Herausforderungen aktiver Regionalentwicklung zielorientiert begegnen zu können. Bei der Berücksichtigung der finanzwirtschaftlichen Situation werden die Modellvorhaben intensiv von der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung und der Forschungsassistenz unterstützt. Jede Region erhält einen eigenen Regionsbericht, in dem der regionale finanzielle Handlungsspielraum aufgezeigt wird. Des Weiteren werden auf dieser Grundlage Planspiele in den Regionen durchgeführt, in denen die Projektteams und die Fachakteure mit den Finanzverantwortlichen aus den Regionen zusammengeführt werden. Ein erster Erfahrungsbericht befindet sich in Kapitel 3. Die Erfahrungen aus den Regionen zeigen bereits, dass die Bereitschaft der Finanzverantwortlichen, an einem Modellvorhaben mitzuarbeiten, sich von Region zu Region unterscheidet. Dem Interesse und der Unterstützung, dass das Thema Finanzen frühzeitig berücksichtigt werden sollte, steht oftmals eine Zurückhaltung aufgrund fehlender zeitlicher Ressourcen oder grundsätzlicher Skepsis gegenüber. Dennoch zeigen die ersten Erfahrungen aus den Planspielen, dass das Interesse mit dem konkreten Austausch zunimmt.

2 Fokusthema: Interkommunale Zusammenarbeit

Zu den Aufgaben der Forschungsassistenz gehört es auch, die Modellvorhaben während der Laufzeit bedarfsorientiert mit fachlichen Ausarbeitungen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Hierzu erstellt die Forschungsassistenz z. B. Expertisen, in denen kurz und praxisnah Hintergrundinformationen zu ausgewählten Themen aufbereitet werden. Die Diskussionen mit den beteiligten Akteuren zeigten, dass interkommunale Zusammenarbeit in nahezu allen gewählten Themenschwerpunkten der Modellvorhaben und im täglichen kommunalen Verwaltungshandeln eine wichtige Rolle spielt. Daher wurden die zentralen Erkenntnisse zu interkommunalen Kooperationen für die Projektakteure aufbereitet. Ein Schwerpunkt lag ganz im Sinne des MORO-Forschungsfeldes auf der Frage der Finanzierung interkommunaler Kooperationen einerseits und deren ökonomischer Effekte andererseits.

2.1 Formen und Aufgaben interkommunaler Zusammenarbeit

Interkommunale Kooperation stellen eine „[...] Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften, also von Gemeinden, kreisangehörigen oder kreisfreien Städten sowie Kreisen

zur Realisierung gemeinsamer Ziele und Aufgaben“ dar (Gawron 2009: 6). Sie lassen sich grob unterteilen in projektbezogene Formen mit einer zeitlich begrenzten klaren Aufgaben- bzw. Zielvorstellung sowie regionsbezogene Formen mit entwicklungsperspektivischem Fokus (vgl. ARL 1998). Zudem unterscheiden sich interkommunale Kooperationen hinsichtlich ihrer Formalisierung und ihrer Funktion, also ihres Organisationsgrads und ihrer inhaltlichen Aufgaben.

In Bezug auf den Formalisierungsgrad wird zwischen harten und weichen formellen Kooperationen sowie losen nicht-institutionalisierten Kooperationen unterschieden (vgl. Blume 2009: 53). Der Formalisierungsgrad bezieht sich auf die Form der Zusammenarbeit und ihre rechtliche Verbindlichkeit (vgl. Schulze-Hönerhoff 2012: 40). Für die Organisation einer Kooperation stehen den Kommunen zahlreiche Rechtsformen zur Verfügung, für deren Auswahl diese weitestgehend Wahlfreiheit besitzen (vgl. Portz/Düsterdiek/Fuchs 2005: 4). Da jedoch die gesetzlichen Grundlagen auf Länderebene insbesondere in den Gemeindeordnungen geregelt werden, unterscheiden sich diese Regelungen und somit die rechtlichen Instrumentarien interkommunaler



Quelle: © Visual Facilitators

Tabelle 1: Rechtsformen interkommunaler Kooperation

Lose informelle Formen	Öffentlich-rechtliche Formen	Privatrechtliche Formen
Zeichnen sich durch eine rechtliche Unverbindlichkeit aus und sind für Kommunen im Rahmen der Gesetze zulässig.	Gesetzliche Beschränkungen auf die vom Landesgesetzgeber vorgegebenen Möglichkeiten; kommen vor allem dort in Betracht, wo die öffentliche Aufgabenerfüllung das Kooperationsziel bestimmt.	Sind für Kommunen im Rahmen der Gesetze zulässig; möglich für nicht originär hoheitliche Aufgaben und nur dann, wenn Kommunen wirtschaftlich tätig werden.
Organisationsformen: → Kommunalpolitische und verwaltungsinterne Gremien → Projektbeiräte → Koordinierungsbüros → Städtenetze, Regionalkonferenzen	Organisationsformen: → Kommunale Arbeitsgemeinschaften → Zweckverbände → Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen → Anstalten des öffentlichen Rechts	Organisationsformen: → Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) → Aktiengesellschaft (AG) → Privatrechtliche Vereinbarung → Eingetragener Verein (e.V.)

Quelle: Portz/Düsterdiek/Fuchs 2005; Schulz-Hönerhoff 2012, eigene Darstellung

Kooperation zwischen den einzelnen Ländern (vgl. ebd.). Welche Rechtsform von den jeweiligen Kommunen gewählt wird, ist abhängig von der Funktion der Kooperation. Erst auf Grundlage dieser Vorgaben, also zu welchem Zweck, mit welcher Größe und mit welcher Aufgabe eine interkommunale Kooperation betrieben werden soll, kann eine geeignete Rechtsform ausgewählt werden.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die verschiedenen Rechtsformen und der spezifischen Ausgestaltungsmöglichkeiten.

Das Spektrum interkommunaler Kooperation reicht von einzelspezifischen bis hin zu themenübergreifenden Aufgaben (vgl. Blume 2009: 6) und kann prinzipiell alle pflichtigen und freiwilligen Aufgaben umfassen (vgl. Beier/Martens 2007: 33). Die Handlungsfelder sind dementsprechend vielfältig und haben sich in den letzten Jahren aufgrund veränderter Rahmenbedingungen angepasst. Dominierten zu Beginn der 1970-Jahre vor allem Kooperationen in Form von Zweckverbänden im Bereich der technischen Infrastruktur, im Schulbereich oder auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge, der gewerblichen Infrastruktur und Entwicklung sowie des Tourismus (vgl. Schulz-Hönerhoff 2012: 64), kamen in den letzten Jahren vor allem Themenfelder wie IT und E-Government in dezentral ausgelagerten Bereichen (vgl. ebd.) hinzu.

2.2 Finanzierungsformen interkommunaler Kooperationen

Genauso vielfältig wie die Handlungsfelder interkommunaler Kooperation sind auch ihre Finanzierungsmöglichkeiten. Hierzu gehören vor allem:

- **Umlagen der Kosten oder Beiträge:** Hierbei wird der zu zahlende Betrag anhand eines vereinbarten Schlüssels, z. B. anhand der Einwohnerzahl der kooperierenden Kommunen, bestimmt.
- **Einnahmen und Gebühren:** Diese werden zur Finanzierung von interkommunalen Kooperationen erzielt bzw. erhoben, also den Nutzern der Leistungen in Rechnung gestellt.
- **Getrennte Finanzierung:** Jede Kommune finanziert ihre Aufwände des Kooperationsprojekts selber, die Kooperation bezieht sich auf die gemeinsame Koordination der Maßnahme (z. B. regionales Fahrradwegenetz).
- **Finanzierung durch Dritte:** Eine weitere Möglichkeit stellen Fördermittel des Landes, des Bundes oder auch EU-Fördermittel dar. Ferner können zusätzliche Gelder aus der Privatwirtschaft und von Sponsoren akquiriert werden (vgl. ebd.).

Die Finanzierung sollte möglichst frühzeitig im Entwicklungsprozess geklärt werden. Gegebenenfalls sind Verfahren zum Vorteils- und Nachteilsausgleich notwendig. Die Schaffung von Kostenklarheit sowie die Erarbeitung eines spezifischen Finanzierungskonzeptes stellen die Basis für die dauerhafte Finanzierung interkommunaler Kooperationen dar. Nur wenn es durch die Kooperationen gelingt, klar erkennbaren Nutzen für die Kommunen und anderer Nachfrager zu generieren, kann die dauerhafte Finanzierung durch eigene Mittel gewährleistet werden. Dabei sollten Fördermittel tendenziell nur eine ergänzende und initiierende Funktion einnehmen.

2.3 Effekte interkommunaler Zusammenarbeit

Die Ziele interkommunaler Zusammenarbeit sind bereits hinreichend erforscht. So zielt interkommunale Kooperation in der Regel darauf ab, „die Funktionsfähigkeit eines Raumes durch die gemeinsame Lösung von Problemen bzw. die gemeinschaftliche Erledigung bestimmter (freiwilliger oder pflichtiger) Aufgaben zu erhöhen“ (ebd. 6). Bei der Erreichung dieses Ziels werden durch interkommunale Kooperation gewünschte positive Effekte, aber auch unerwünschte negative Effekte erzeugt. Die zentralen Vorteile interkommunaler Kooperation äußern sich z. B. dergestalt, dass kapitalintensive Leistungserbringungen – beispielsweise durch die Realisierung von Mengenvorteilen und damit Stückkostensenkungen – wirtschaftlich(er) betrieben werden können (vgl. Rosenfeld et al. 2016). Daneben ist es auch möglich, durch Spezialisierungsvorteile die Effizienz zu steigern. Mithilfe von Kooperationen können u. a. städtische, insbesondere kulturelle Einrichtungen bei angespannter Haushaltslage erhalten werden, indem die Finanzierung auf eine breitere Basis gestellt wird.

Negative Effekte im Zusammenhang mit interkommunaler Kooperation können sich hingegen im Verlust von Flexibilität sowie Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten äußern (vgl. Schneider 2016). Weiterhin ist zu bedenken, dass Kooperationsvorhaben zunächst auch mit zusätzlichen Kosten, z. B. durch die Organisation, Koordination und Überwachung der Kooperation, verbunden sein können (vgl. Blaschke/Haug 2014a).

Die Auswertung der Literatur zeigt, dass trotz zahlreicher Studien die finanziellen Effekte interkommunaler Kooperation ebenso wenig erforscht sind, wie es an einer quantitativen und flächendeckenden Erhebung fehlt. In ökonomischen Arbeiten wird versucht, den Nutzen interkommunaler Kooperationen zu quantifizieren, indem die Kosten der verschiedenen Formen kommunaler Leistungserstellung mit deren Nutzen (z. B. Kubikmeter geklärtes Wasser) in Verbindung gebracht werden (Effizienz der Leistungserstellung). Bei diesem Verfahren ist es jedoch nicht möglich, die Qualität der Leistungserstellung zu berücksichtigen. Dennoch sind diese Kosten-Nutzen-Analysen genauer als einfache Ausgabenvergleiche, da beispielsweise Umwelteinflüsse – wie die Siedlungsdichte oder die demografische Entwicklung – berücksichtigt werden können (vgl. Haug/Illy 2011). Für den hessischen Abwassersektor konnten Blaschke und Haug (2014a) nachweisen, dass Kooperationen über Vertragslösungen für kleinere Gemeinden von Vorteil sind, vermutlich da durch Auslagerung der Aufgaben an die großen Nachbargemeinden Mengenvorteile realisiert werden können. Interessanterweise profitieren die großen Gemeinden, welche Abwasser importieren, weniger, und auch Zweckverbandskooperationen, insbesondere Teilzweckverbände, wirken sich eher negativ auf die Effizienz der Leistungserstellung aus. Die Studie verdeutlicht ferner, dass die Effizienz auch maßgeblich von anderen Einflussgrößen wie der Niederschlagswassermenge und der Siedungsstruktur abhängig ist.

In der Gesamtschau der Forschungslage wird deutlich, dass interkommunale Kooperation kein Allheilmittel ist, um Kosten zu senken oder den Erhalt von kommunalen Leistungen zu sichern oder Qualitätssteigerungen zu erzielen. Interkommunale Kooperationsvorhaben werden aus vielfältigen Gründen eingegangen und sind nicht als Instrumentarium anzusehen, einzig die Kosten zu senken. Die Vielschichtigkeit interkommunaler Zusammenarbeit birgt sowohl Chancen als auch Herausforderungen, die es zu beachten gilt: unterschiedliche Potenziale an Effizienz- und Effektivitätsgewinn von interkommunaler Zusammenarbeit ergeben sich je nach Aufgabenbereich, geografischem Zuschnitt und raumstrukturellen Vorbedingungen, welche allgemeingültige Aussagen über deren Wirtschaftlichkeit kaum zulassen (vgl. Säuberlich 2012: 106).

3 Planspiele

Das Planspiel ist ein zentraler Baustein des MORO-Forschungsfeldes „Lebendige Regionen“, um die finanzwissenschaftlichen Analysen der Begleitforschung mit der strategischen Ausrichtung und den Umsetzungsprojekten in den Modellvorhaben zu verbinden. Im Planspiel wird der fachliche Dialog zwischen den Finanzverantwortlichen und der Regionalentwicklung angeregt, was den Modellvorhaben helfen soll, die langfristigen fiskalischen Rahmenbedingungen bei der Wahl, Gestaltung und Bewertung der strategischen Ausrichtung bzw. der Umsetzungsprojekte zu berücksichtigen. Ferner sollen durch das Planspiel nach Möglichkeit bereits die für die Umsetzung benötigten Akteure identifiziert und mobilisiert werden.

3.1 Ziel und Methoden

Die Modellvorhaben werden beim Planspiel von der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung und der Forschungsassistenz angeleitet. Grundlage für das Planspiel bildet der jeweilige Regionsbericht. Jedes Planspiel wird an den Projektstand und die Fragestellungen des jeweiligen Modellvorhabens angepasst. Das Format der etwa halbtägigen Veranstaltung ist jedoch gleich: Nach einer kurzen Begrüßung durch die Projektteams vor Ort und einer Einführung der Forschungsassistenz wird der Regionsbericht ausführlich vorgestellt und diskutiert. Daran anschließend werden in einer Kleingruppenarbeitsphase die regionspezifischen Fragen diskutiert. In diesen Workshops bzw. fokussierten Gruppengesprächen gilt es, die Fragestellungen konsensorientiert zu beantworten, wobei die Akteure der Regionalentwicklung und die Finanzverantwortlichen

die jeweilig anderen Perspektiven kennenlernen sollen. Die Kleingruppen werden durch die Forschungsassistenz und finanzwissenschaftliche Begleitforschung moderiert, die auch die Ergebnisse für die Region fotografisch und textlich dokumentieren. Zum Schluss werden die gewonnenen Ergebnisse den jeweilig anderen Gruppen präsentiert und diskutiert, und es wird eine Feedbackrunde durchgeführt.

Bis Ende Juli 2017 wurden vier Planspiele durchgeführt, die sich in den Modellregionen reger Teilnahme und intensiver Diskussionen in der Gruppenphase erfreuten. So haben bisher allein an den vier Planspielen insgesamt 73 Personen teilgenommen, wovon 38 Kämmerer und Kämmerinnen waren. Es ist an dieser Stelle sicherlich noch zu früh, ein Fazit zu ziehen, da im weiteren Verlauf des MORO noch acht weitere Planspiele durchgeführt werden. Die ersten Erfahrungen zeigen aber, dass die Planspiele den Austausch zwischen den Projektteams, den Akteuren der Regionalentwicklung und Finanzverantwortlichen (sowie untereinander) auf regionaler Ebene bereichern. Für viele Akteure ist der gemeinsame bzw. regionale Blick auf die kommunalen Finanzen, wie er in den Regionsberichten eingenommen wurde, neu und zunächst ungewohnt. Denn es wurde auch deutlich, dass das Zusammenbringen von Regionalentwicklung und kommunalen Finanzen in der Regel herausfordert ist. So liegen die Verbindungen der Modellvorhaben bzw. geplanter Projekte mit der gesamtregionalen und langfristigen Betrachtung der kommunalen Finanzen nicht immer auf der Hand, sondern sie müssen erst erarbeitet werden – ein Prozess, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen können.



Quelle: © Franz Flügel

3.2 Exkurs: Planspiel Saalfeld-Rudolstadt

Im Folgenden wird das Planspiel des Modellvorhabens Saalfeld-Rudolstadt vorgestellt, das am 18. Mai 2017 in der Kreisstadt Saalfeld als erstes Planspiel stattfand. Unter der Überschrift „Resiliente Kommunen schaffen! Eine gemeinsame Aufgabenkritik vor dem Hintergrund der Entwicklung kommunaler Finanzen“ nutzte das Projektteam das Planspiel, um auf Grundlage der finanzwissenschaftlichen Analysen Ansätze und konkrete Maßnahmen einer aktiven Regionalentwicklung zu bestimmen. Denn trotz angespannter kommunaler Haushaltslage sollen eine aktive und zukunftsweisende regionale Entwicklung gesichert und Handlungsspielräume für zusätzliche Investitionen geschaffen werden. An dem Planspiel nahmen neben der Forschungsassistenz, der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung und einer von der Region beauftragten Kommunalberatung 24 Personen teil, wobei insbesondere die rege Teilnahme der Finanzverantwortlichen (von Landkreis, Kommunalaufsicht und Gemeinden) hervorzuheben ist.

Die Teilnehmenden erhielten zur Vorbereitung den Regionsbericht, den Veranstaltungsplan sowie eine Anleitung und die Fragen der Gruppendiskussion. Der Tag des Planspiels startete mit einer kurzen Begrüßung durch das Projektteam. Den Auftakt machte Tim Starke von der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung mit einer Präsentation des Regionsberichts, der anschließend im Plenum diskutiert wurde. Die Ergebnisse des Regionsberichts überraschten die Finanzverantwortlichen, welche die Entwicklung der Finanzlagen ihrer Kommunen deutlich negativer beurteilten. Der im Bericht ausgewiesene stark

positive Finanzierungssaldo (siehe Infokasten) der Gesamtregion ergibt sich aus der anhaltend guten konjunkturellen Lage in Deutschland und einer konsolidierungsbedingten zurückhaltenden Ausgabenentwicklung in der Region, zum Teil von Gemeinden in der Haushaltsicherung. Die Kämmerereien gehen hingegen bei ihren Planungen eher von gleichbleibenden Einnahmen aus und folgen damit dem Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns.

In der anschließenden zweistündigen Gruppenarbeit bearbeiteten die Teilnehmenden in zwei Gruppen folgende Aufgaben:

- Welche kommunalen Aufgaben/Leistungen sichern die Widerstandsfähigkeit und Attraktivität unserer Region und tragen erheblich zur Wohn- und Lebensqualität bei?
- In welchen Aufgabenbereichen können, insbesondere durch interkommunale Zusammenarbeit, kommunale Leistungen optimiert und Mittel eingespart werden, damit Handlungsspielräume für zusätzliche Investitionen geschaffen werden können?
- Erarbeiten Sie konkrete Maßnahmen, wo und wie die Gemeinden und der Landkreis zusammenarbeiten können! Schätzen Sie, wenn möglich, die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen ein!

Für die Gruppenarbeit erstellte die Forschungsassistenz Plakate, auf denen die Entwicklung und Prognose der Finanzierungssalden (aggregiert über alle Gemeinden und nach Größenklassen) der kommunalen Aufgabenbereiche (kameral: Einzelpläne, doppisch: Hauptproduktbereiche bzw. Produktfelder) abgebildet waren. Diese Plakate

i Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo ist eine Maßzahl der Kameralistik und misst die bereinigten Einzahlungen abzüglich der bereinigten Auszahlungen. Nicht zahlungswirksame Formen des Substanzverzehr (u. a. Abschreibungen) werden nicht berücksichtigt. Der Finanzierungssaldo stellt dar, inwieweit die kommunalen Haushalte durch sog. besondere Finanzierungsvorgänge (z. B. Aufnahme von Kassenkrediten, Entnahmen von Rücklagen, Tilgungen bzw. Liquiditätserhöhungen) ergänzt werden müssen. Entsprechend können bei einem positiven Finanzierungssaldo kommunale Schulden abgebaut werden, und bei einem negativen Saldo kommt es zum Substanz- bzw. Liquiditätsverzehr, der eine höhere Verschuldung bzw. sinkende Liquidität mit sich bringt. Auch wenn der Finanzierungssaldo für den Haushaltsausgleich doppisch buchender Kommunen (z. B. in NRW) haushaltsrechtlich kaum relevant ist, gibt er besonders im interkommunalen (Länder-)Vergleich Auskunft über die langfristige Nachhaltigkeit der kommunalen Finanzen, d.h. er zeigt an, ob die Kommunen aus eigenen Mitteln ihre Aufgaben erfüllen können.



Quelle: © Franz Flögel

unterstützen die Diskussion der Gruppen und wurden zur Dokumentation und Einordnung der Ergebnisse genutzt. Beispielsweise wurden „Kooperationen bei den Bauhöfen“ im Aufgabenbereich „Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung“ festgehalten.

Im Anschluss an die Gruppendiskussion wurden die Vorschläge von den Teilnehmenden bewertet, und zwar hinsichtlich dessen, welche Maßnahmen

- besonders relevant für die Zukunftsfähigkeit der Regionen sind,
- realistisch umgesetzt werden können und
- durch das Projektteam und die Kommunalberatung weiterverfolgt werden sollen.

Pro Person durften bis zu 3 Punkte für eine Maßnahme vergeben werden, oder die drei Punkte durften auf mehrere Maßnahmen aufgeteilt werden. Die Bewertung ergab eine klare Rangfolge der in der Gruppenarbeit identifizierten Maßnahmen und Aufgabenbereiche. So rangiertem Bauhofs- und Beschaffungsk Kooperationen ganz oben.

Anschließend wurden im Plenum zentrale Ergebnisse der Gruppenarbeit reflektiert, und eine abschließende Feedbackrunde wurde durchgeführt.

Insgesamt war das Planspiel in Saalfeld-Rudolstadt aus Sicht der Teilnehmenden ein Erfolg. Ein intensiver Austausch über Fragen der regionalen Entwicklung vor den Hintergrund der kommunalen Finanzen in der Region ist gelungen: es wurden zahlreiche Maßnahmen identifiziert, wie die Region durch interkommunale Zusammenarbeit gestärkt werden kann. Die Gruppen erörterten konstruktiv und pragmatisch Effizienzpotenziale von in der Regel sehr konkreten Maßnahmen der kommunalen Verwaltungskooperation. Die Teilnehmenden lobten in der Abschlussrunde das Planspiel überwiegend; insbesondere der kollegiale Austausch zwischen den Kämmerern, aber auch mit den Fachakteuren der Regionalentwicklung wurde als erfrischend und hilfreich hervorgehoben; die Zeit für die Gruppenarbeit wurde zum Teil sogar als zu knapp empfunden. Gleichzeitig wurde angedeutet, dass nun konkrete Ergebnisse erhofft werden. Unabhängig davon beabsichtigen die Teilnehmenden, dieses Gesprächsformat fortzusetzen.

4 Vorstellung der Modellvorhaben der dritten Runde

Im MORO-Forschungsfeld „Lebendige Regionen“ werden insgesamt 12 Modellvorhaben in drei Runden zu jeweils vier Vorhaben gefördert. Die ersten acht Vorhaben wurden bereits 2016 ausgewählt und haben Mitte 2016 ihre Arbeit aufgenommen.

Die vier Vorhaben der dritten Runde wurden auf Basis des ersten Modellvorhabenauftrags ausgewählt. Hierzu erhielten die Projektträger eine Rückmeldung zu ihren eingereichten Interessenbekundungen und hatten die Möglichkeit, diese zu überarbeiten und erneut einzureichen. Die vier neuen Modellvorhaben haben Anfang 2017 ihre Arbeit aufgenommen und sollen nun auch in zwei Projektphasen zu jeweils zwei Jahren unterstützt werden. Durch den versetzten Start können die neuen Vorhaben von den Erfahrungen der früheren profitieren.

Vier neue Modellvorhaben

Mit den vier neuen Modellvorhaben wird die Bandbreite struktureller Regionstypen nochmals erweitert. Neben dem Modellvorhaben Kreis Bergstraße, welches dem gleichnamigen Landkreis entspricht, sind in der dritten Modellvorhabenrunde vor allem regionale Verbünde von Landkreisen und Gemeinden vertreten, die unterschiedlich stark institutionalisiert sind. So befinden sich mit den Modellvorhaben Region Stuttgart und Europäische Metropolregion Nürnberg zwei Regionen im Forschungsfeld, die über bereits seit Jahren fest etablierte Strukturen und Institutionen verfügen. Auch die Region Halle ist ein Zusammenschluss von drei Landkreisen: Mansfeld-Südharz, Burgenlandkreis und Saalekreis. Im Gegensatz zu den beiden zuvor genannten Regionen verfügt die Region zwar nicht über formale

Strukturen, blickt aber breites auf eine Vielzahl gemeinsamer Initiativen zurück.

Aufgrund der Strukturen zählt das Vorhaben Kreis Bergstraße mit einer Fläche von 720 km² nicht nur zu der kleinsten Region in der dritten Modellvorhabenrunde, sondern gehört neben dem Inland und dem Landkreis Coburg auch zu den kleineren Regionen im gesamten Forschungsfeld. Gleichwohl sind mit der neuen Modellvorhabenrunde vor allem große und stark verdichtete Regionen vertreten. So erstreckt sich die Europäische Metropolregion Nürnberg über eine Fläche von 23 Landkreisen und 11 kreisfreien Städten und entspricht etwa 21.800 km². Mit weitem Abstand folgen an zweiter und dritter Stelle die beiden neuen Regionen Halle und Stuttgart.

Was die Einwohnerdichte betrifft, so ordnen sich die neuen Regionen in die bestehende Bandbreite ein. Die beiden Vorhaben Europäische Metropolregion Nürnberg und Region Halle liegen mit einer Einwohnerdichte von 160 bzw. 119 Einwohnern pro km² am unteren Ende. Die Regionen Kreis Bergstraße und Region Stuttgart verfügen dagegen über eine Einwohnerdichte von 365 bzw. 749 und liegen damit im mittleren Bereich der Bandbreite.

Mit den neuen Modellvorhaben wird die Themenvielfalt der bisherigen Modellvorhaben vergrößert, wobei es inhaltliche Anknüpfungspunkte nicht nur zwischen den neuen, sondern auch zu den bereits bestehenden Vorhaben gibt. So greifen sowohl die Region Stuttgart als auch die Europäische Metropolregion Nürnberg das neue Thema Standortentwicklung bzw. -sicherung auf. Unterschiedlich sind jedoch die Herangehensweisen. Konzentriert sich die Metropolregion Nürnberg eher auf prozessuale Elemente wie die stärkere Vernetzung und Einbindung unterschiedlicher Akteure oder die bessere Vermarktung, sucht die Region Stuttgart den Weg über die grüne Infrastruktur und fokussiert sich auf die weitere Umsetzung ihres Landschaftsparks.

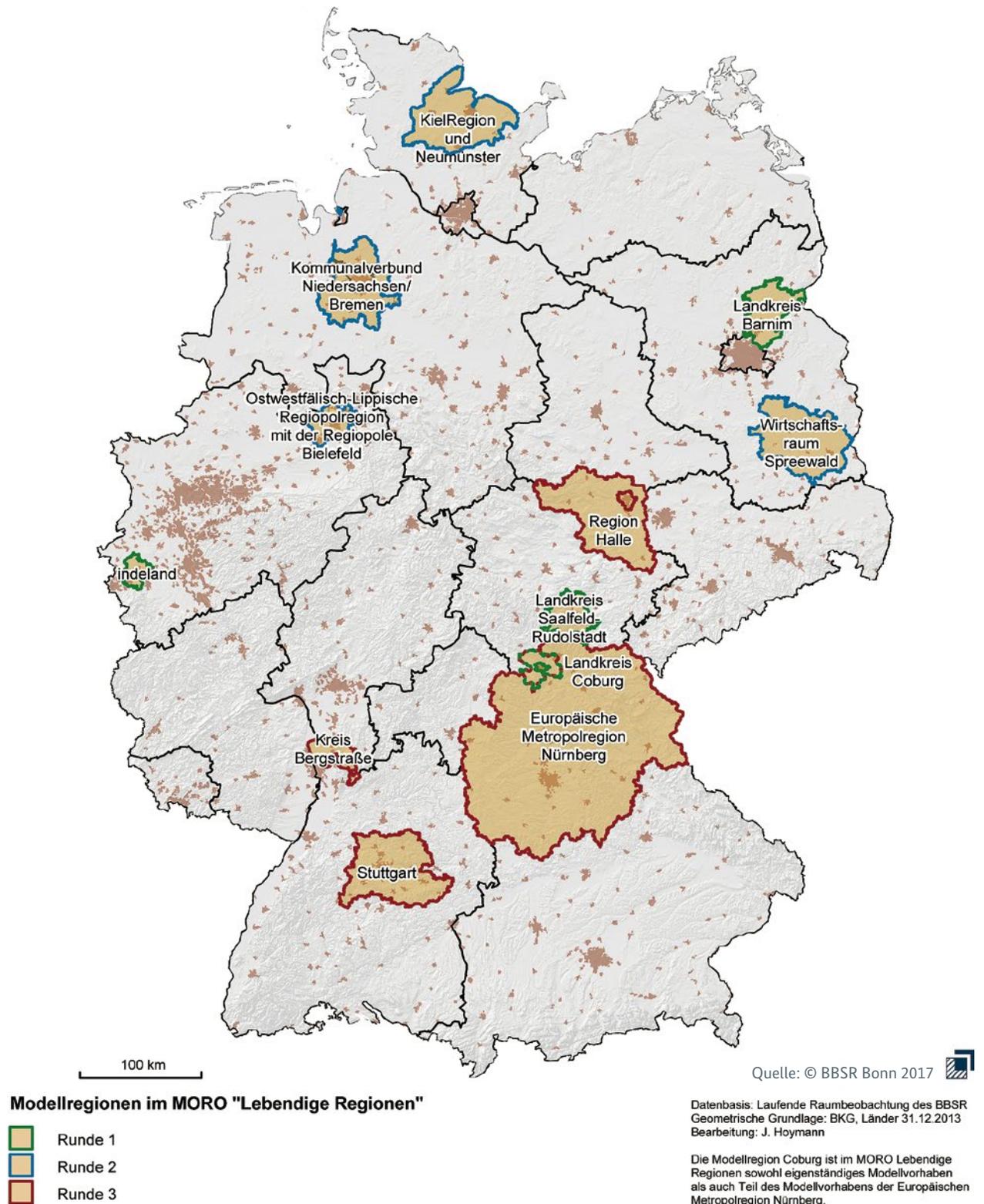
Drei der vier neuen Vorhaben knüpfen an bestehende Prozesse an und führen diese nun konsequent fort. Ganz am Anfang steht der Kreis Bergstraße. Mit Blick auf seine Position zwischen zwei Metropolregionen soll das Modellvorhaben dazu genutzt werden, das Profil der Region im Rahmen einer integrierten Entwicklungsstrategie in einem Online-Verfahren erst noch zu entwickeln.



Quelle: © BMVI 2017

Übergabe der Förderbescheide durch Dorothee Bär am 29. März 2017 in Berlin

Abbildung 3: Modellregionen im MORO Lebendige Regionen





Quelle: © Kreis Bergstraße

4.1 Kreis Bergstraße

Vision Bergstraße - Interaktive Kreisentwicklungsstrategie Bergstraße



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche 720 km²

Einwohneranzahl 263.822 Einwohner

Einwohnerdichte 365 Einwohner/km²

Kontakt

Kreis Bergstraße | Abteilung Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz
Gräffstraße 5 | 64646 Heppenheim

Dr. Claudia Bolte | Tel.: 06252 15-5037 | E-Mail: claudia.bolte@kreis-bergstrasse.de

www.kreis-bergstrasse.de

Regionsbeschreibung

Der Kreis Bergstraße bildet den südlichsten Kreis des Landes Hessen und grenzt an die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Im Kreis leben 263.822 Einwohner auf einer Fläche von 720 km², was eine Bevölkerungsdichte von 365 Einwohner pro km² ergibt. Der Kreis ist Mitglied in zwei Metropolregion, nämlich Rhein-Main und Rhein-Neckar.

Vier Landschaftselemente geben dem Kreis Bergstraße ein unverwechselbares Gesicht: die von Weinbergen gesäumte Bergstraße, die dem Kreis den Namen gegeben hat, der waldreiche und ländlich geprägte Odenwald, das hessische Neckartal mit seiner von Burgen gekrönten Flusslandschaft und das Ried, ein wichtiges Trinkwasserreservoir. Diese unterschiedlichen Naturräume machen den Reiz des Kreises aus, der gleichermaßen attraktiv für Freizeit und Erholung sowie als Wohnort und Gewerbestandort ist.

Der Kreis Bergstraße verfügt über eine gute Verkehrsinfrastruktur. Er verläuft unmittelbar entlang überregional bedeutender Verkehrsachsen. Die Nord-Süd-Autobahnen 67 und 5 sowie die Autobahn 6 in Ost-West-Richtung sorgen für schnelle Verbindungen zu den wichtigsten Forschungs- und Entwicklungsstandorten. Auch die Nähe des Kreises Bergstraße zum internationalen Luftfahrt Drehkreuz Frankfurt Rhein-Main trägt zur verkehrsgünstigen Lage dieses Standortes im Herzen Europas bei. Im Kreisgebiet sind rund 18.000 Betriebe mit etwa 67.600 Beschäftigten ansässig, darunter auch wichtige Global Player.

Der Kreis Bergstraße ist wesentlicher Bestandteil des Geoparks Bergstraße-Odenwald. Der Naturpark ist seit 2004 Mitglied im Global Network of Geoparks der UNESCO und trägt seit 2015 die Auszeichnung UNESCO Global Geopark. Er vereint eine reizvolle Landschaft, die sich auf einer Fläche von 3.500 km² zwischen dem UNESCO-Welterbe

Grube Messel im Norden, dem Rheintal im Westen über den Odenwald bis hin zum Bauland im Osten und dem Neckartal im Süden erstreckt. Im Geo-Naturpark sind mehr als 100 Kommunen zusammengeschlossen.

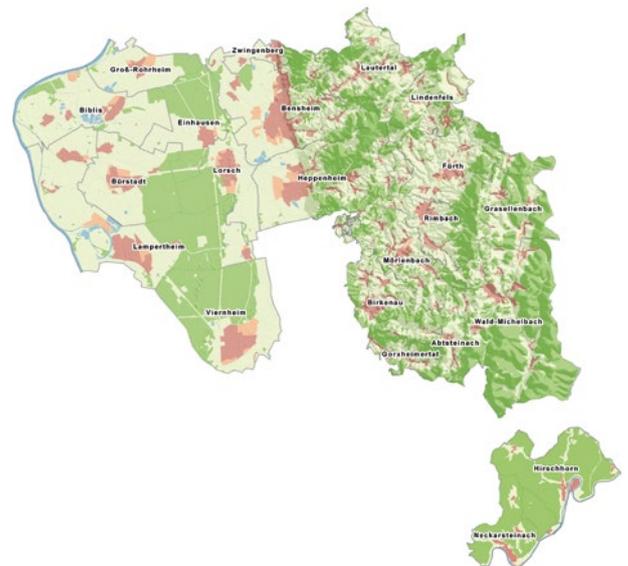
Anlass für das Modellvorhaben

Eine wesentliche Herausforderung für den Kreis Bergstraße wird in der Entwicklung und Schärfung eines eigenständigen, an die Gegebenheiten und Potenziale des Kreises anknüpfenden Profils gesehen, das dazu beiträgt, den aktuell guten Entwicklungsstand aufrechtzuerhalten und weiter zu steigern. Inmitten zweier starker Metropolregionen muss intensiv die Frage bearbeitet werden, wie sich der Kreis mit seinen verdichteten, aber auch vielfach ländlichen Teilräumen zukünftig positionieren möchte, um auch weiterhin als starker Partner agieren und als attraktiver Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsstandort fungieren zu können. Entwicklungen wie die Flüchtlingswelle 2015/2016 haben gezeigt, dass es zukünftig verstärkt darauf ankommt, schnell und flexibel auf immer komplexer werdende Entwicklungen und Herausforderungen eingehen zu können, da sie sich aufgrund ihrer Geschwindigkeit langen Planungszeiträumen entziehen. Eine Einbettung solcher Entwicklungen in gesamtstrategische Konzepte erscheint aufgrund ihres hohen finanziellen und personellen Ressourceneinsatzes jedoch notwendig.

In vielen Bereichen weist der Kreis bereits sehr gute Ansätze und Strategien auf, um den Herausforderungen begegnen zu können. Der Kreis Bergstraße verfügt jedoch bislang nicht über eine integrierte Kreisentwicklungsstrategie, die unterschiedliche Themen aufgreift, zusammendenkt, konzeptionell verankert und somit auch in der Lage ist, Synergien herauszustellen und zu nutzen. Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass eine zukunftsgerichtete Regionalentwicklung der Beteiligung und Zusammenarbeit aller für den Prozess relevanten Akteure (Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft etc.) bedarf. Auch der Wunsch nach einer Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger steigt in den letzten Jahren weiter an.

Ziele des Modellvorhabens

Ziel für den Kreis Bergstraße soll es sein, unter Beteiligung aller relevanten Akteure eine integrierte Kreisentwicklungsstrategie zu erarbeiten, die es dauerhaft erlaubt, neue Themen zu diskutieren und aufzunehmen. Aufgrund



Karte Kreis Bergstraße; Quelle: © Kreis Bergstraße

dessen soll als innovatives Element eine Online-Plattform mit einem darin befindlichen Projektraum als virtuelles Dialogforum entwickelt werden, in dem unterschiedliche Akteure zu unterschiedlichen Themen der Kreisentwicklung zusammenarbeiten und den Aufbau einer Kreisentwicklungsstrategie maßgeblich unterstützen. Dieser soll zunächst für die Strategieerarbeitung und anschließend für deren Umsetzung und Evaluation genutzt werden. Im Vordergrund sollen somit der Strategieprozess und seine strukturelle Einbettung in die Arbeit der Kreisverwaltung stehen.

Hierfür gilt es, zukunftsrelevante Themen abzuleiten, neue Wege der Kooperation zu gehen, ein Netzwerk geeigneter Akteure aufzubauen, das Modell der Beteiligung (Online-Plattform) dauerhaft zu verankern und stetig weiterzuentwickeln, die Möglichkeit neuer Finanzierungsmöglichkeiten bei der Umsetzung von Projekten auszuloten und letztlich effektiveres Verwaltungshandeln zu fördern.

Arbeitsschritte

- Bestandsanalyse und Ableitung von Handlungsfeldern
- Erstellung einer onlinebasierten Plattform
- Kommunikation und Moderation
- Moderation/Administration im Online-Projektraum
- Entwicklung einer planerischen Strategie
- Detailpläne für die Teilräume des Kreises Bergstraße
- Umsetzungs- und Maßnahmenkonzept
- Weiterentwicklung von Projektansätzen
- Herausstellen finanzwissenschaftlicher Aspekte
- Evaluation/Verstetigung



Quelle: © VRS/G. Stoppel

4.2 Region Stuttgart

Integration durch Information – neue Wege für die Regionalentwicklung



Kennzahlen Projektregion

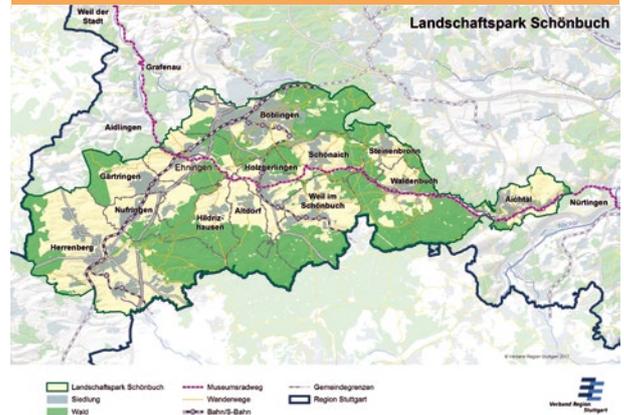
Gebietsfläche	422 km ²
Einwohneranzahl	246.553 Einwohner (Projektraum Schönbuch)
Einwohnerdichte	circa 584 Einwohner/km ² (Projektraum Schönbuch)
Kontakt	Verband Region Stuttgart Kronenstraße 25 70174 Stuttgart Stefanie Clauß Tel.: 0711 22758-70 E-Mail: clauss@region-stuttgart.org www.region-stuttgart.org

Regionsbeschreibung

Die Region Stuttgart zählt mit 3.654 km² Fläche und rund 2,7 Millionen Einwohnern zu den am dichtesten besiedelten Räumen der Bundesrepublik. Die mittel- bis langfristige Sicherung der hohen Wirtschaftsleistung und Innovationskraft bedingt voraussichtlich in Zukunft eine weitere Flächeninanspruchnahme.

Die Region Stuttgart gliedert sich in die Landeshauptstadt Stuttgart und die fünf umliegenden Landkreise; sie umfasst 179 Städte und Gemeinden. Als Projektraum ist der Bereich der sogenannten Schönbuchlichtung vorgesehen. Er umfasst 17 Gemeinden (13 Projektpartner plus 4 assoziierte Kommunen) und Teile der Landkreise Böblingen und Esslingen. Dies entspricht einer Fläche von 422 km² und einer Einwohnerzahl von rund 246.553. Als traditioneller Erholungsraum in direkter Nachbarschaft zu industriell geprägten Teilräumen weist er ein außerordentliches Landschaftsbild und gebietsweise eine hohe ökologische Wertigkeit auf.

Kennzeichnend für die Region Stuttgart ist eine kleinteilige kommunale Gliederung, eine polyzentrale Zentrenstruktur mit starkem Oberzentrum und 14, zum Teil sehr leistungsfähigen Mittelzentren. Die Lebensweise der Menschen ist regional: 75 % der Beschäftigten arbeiten nicht in ihren Wohngemeinden und verlassen diese auch für Freizeitaktivitäten. Trotz einer hohen Mobilität der Bevölkerung liegt die durchschnittliche Pendlerdistanz deutlich unter dem Durchschnitt anderer Ballungsräume. Das dichte Nebeneinander von Wohngebieten und Arbeitsplätzen sowie höherwertiger Angebote in den Mittelzentren führen zu einer sehr effizienten Raumstruktur. Auch die regionale Wirtschaftsstruktur weist diesen hohen Verflechtungsgrad auf: Neben Global Playern basiert die Leistungsfähigkeit der Region auf einer Vielzahl von kleineren, außerhalb der Zentren ansässigen Betrieben und einer engen Kooperation mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die vielfältige naturräumliche Ausstattung mit charakteristischen, sehr unterschiedlich geprägten Teilräumen ist Grundlage der Attraktivität der Region.



Karte Projektraum Schönbuch; Quelle: © VRS

Anlass für das Modellvorhaben

Die grüne Infrastruktur ist in der hochverdichteten Region Stuttgart unverzichtbare Basis für Erholung, Land- und Forstwirtschaft und den ökologischen und klimatischen Ausgleich. Die Sicherung und der weitere Ausbau ihrer Qualität und Leistungsfähigkeit sind ein wichtiges Instrument der (wirtschaftlichen) Standortsicherung und Grundvoraussetzung für das Wohlbefinden der Bevölkerung – und damit unentbehrlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Region steht diesbezüglich vor drei Herausforderungen:

- Angesichts steigender Ausgaben für Sozialleistungen, bedingt durch den demografischen Wandel und hohe Lebenshaltungskosten, und den bevorstehenden Veränderungen der fiskalischen Rahmenbedingungen müssen im Sinne einer präventiven Strukturpolitik neue administrative, planerische und finanzielle Strategien und Maßnahmen eingeführt werden, damit gerade freiwilligen Leistungen im Bereich der Standortsicherung als zentraler Aufgabe der Daseinsvorsorge langfristig Rechnung getragen werden kann.
- Die noch vorhandenen, jedoch räumlich begrenzten Landschafts- und Naherholungsräume stehen auch in Zukunft unter wachsendem Nutzungsdruck durch Siedlungserweiterung, Ausbau der Infrastruktur, Erholungssuchende und Land- und Forstwirtschaft. Diese unterschiedlichen, teils konkurrierenden Interessen und Bedürfnisse müssen aufeinander abgestimmt werden.
- Der Zuzug von Arbeitskräften aus dem In- und Ausland erfordert eine entsprechende Ausweitung der Integrationsangebote.

Diese Herausforderungen erfordern eine integrierte, gebiets- und sektorenübergreifende, nachhaltige Regionalentwicklung. Ein bedeutendes Instrument hierfür ist das Programm zur Sicherung und Qualifizierung regionaler Freiräume – der Landschaftspark Region Stuttgart. Ziel des Landschaftsparks ist es, die Landschaftsräume der Region kontinuierlich und langfristig durch konkrete gestalterische und funktionale Maßnahmen qualitativ und ökologisch aufzuwerten und zu einem zusammenhängenden Erlebnisraum und Biotopverbund auszubauen. Zur Umsetzung nutzt der Verband Region Stuttgart u. a. partizipativ mit lokalen Stakeholdern erarbeitete teilraumbezogene Masterpläne. Dabei liegt der räumliche Fokus des Modellvorhabens auf dem Schönbuch, da dort an

bestehende überörtliche und interdisziplinäre Netzwerke und Kooperationen aus dem aktuellen Masterplanprozess angeknüpft werden kann.

Ziele des Modellvorhabens

Ziel ist es, im Zuge der weiteren Umsetzung des Landschaftsparks Region Stuttgart präventive und integrierte Maßnahmen zur nachhaltigen Standortsicherung und -entwicklung zu entfalten. Diese sollen mit den prognostizierten geringeren finanziellen und personellen Ressourcen auch weiterhin umgesetzt und unterhalten werden können, ohne bereits geschaffene Qualitäten und Standards zu verlieren. Dabei sollen auch innovative Finanzierungsmodelle etabliert werden, um die bislang starke Abhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen aufzulösen. Darüber hinaus ist das Vorhaben als kooperativer Prozess angelegt und soll auf niederschwellige Weise die Möglichkeit der Teilhabe bieten, gerade um einerseits zukünftigen Generationen ein Bewusstsein für die lokalen Besonderheiten der Kulturlandschaft zu vermitteln und andererseits die Identifikation von neuen Nutzergruppen mit dem Raum zu fördern. Die Besonderheiten und Einzigartigkeiten der vielfältigen Kulturlandschaft in der Region Stuttgart sollen im Rahmen eines Pilotprojekts durch neue Formen und Anreize der Informationsvermittlung und Aneignung weitergegeben werden.

Arbeitsschritte

- Konzepterstellung, 2017 bis Anfang 2018
- Entwurfs- und Ausführungsplanung, 2018
- Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit, prozessbegleitend
- Allgemeine Arbeitsschritte zur Forschungsfeldkooperation



Quelle: © BAMBERG Tourismus & Kongress Service

4.3 Europäische Metropolregion Nürnberg Fachkräftesicherung in der Europäischen Metropolregion Nürnberg



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche	21.800 km ²
Einwohneranzahl	cirka 3,5 Millionen Einwohner
Einwohnerdichte	circa 160 Einwohner/km ²
Kontakt	Geschäftsstelle Metropolregion Nürnberg Theresienstraße 9 90403 Nürnberg Dr. Christa Standecker Tel.: 0911 231-10511 E-Mail: christa.standecker@metropolregion.nuernberg.de www.metropolregion.nuernberg.de

Regionsbeschreibung

Die Europäischen Metropolregion Nürnberg besteht heute aus 23 Landkreisen und 11 kreisfreien Städten – vom thüringischen Landkreis Sonneberg im Norden bis zum Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen im Süden, vom Landkreis Kitzingen im Westen bis zum Landkreis Tirschenreuth im Osten.

Auf einer Fläche von 21.800 km² leben insgesamt 3,5 Millionen Einwohner. Um das dicht besiedelte Städtedreieck Nürnberg-Fürth-Erlangen spannt sich ein Netz von Ober-, Mittel- sowie kleineren Zentren. In dieser freiwilligen regionalen Allianz arbeiten Kommunen und Wirtschaft in der Metropolregion Nürnberg auf Augenhöhe zusammen.

Die Polyzentralität und die heterogene Struktur der Region werden als Stärken betrachtet. Wirtschaftlich international wettbewerbsfähige Unternehmen, insbesondere auch Weltmarktführer, sind sowohl im Verdichtungsraum als auch in den ländlichen Räumen lokalisiert. Das Miteinander von

urbanen und ländlichen Räumen wird in der Stadt-Land-Partnerschaft als gegenseitige Verstärkung und Ergänzung gestaltet.

Anlass für das Modellvorhaben

In der Metropolregion Nürnberg laufen zwei parallele Prozesse ab: ökonomisches Wachstum und damit einhergehende höhere Arbeitskräftenachfrage trifft auf den demografischen Wandel und die damit einhergehende Schrumpfung des Fachkräftepotenzials. Obgleich nicht von einem flächendeckenden Fachkräftemangel auszugehen ist, ist er in verschiedenen Branchen spürbar und wird sich allen Prognosen nach künftig verstärken. Unternehmen ohne überregionale Bekanntheit im Endkundenbereich mit einem Bedarf an spezialisierten Fachkräften (Hidden Champions) sind besonders betroffen. Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit nimmt deshalb die Sicherung des Fachkräfteangebots eine zentrale Rolle für die Regionalentwicklung ein.



Quelle: © Kubak

4.4 Region Halle

Intelligente und multifunktionale Infrastruktursysteme



Kennzahlen Projektregion

Gebietsfläche	4.296 km ²
Einwohneranzahl	512.000 Einwohner
Einwohnerdichte	119 Einwohner/km ²
Kontakt	Standortmarketing Mansfeld-Südharz GmbH Ewald-Gnau-Straße 1 b 06526 Sangerhausen Uta Ullrich Tel.: 03464 53515-20 E-Mail: uullrich@mansfeldsuedharz.de www.smg-msh.de www.region-halle.de

Regionsbeschreibung

Die Region Halle umfasst die Landkreise Saalekreis, Mansfeld-Südharz sowie den Burgenlandkreis. Die Region liegt im südlichen und südwestlichen Sachsen-Anhalt, ist 4.296 km² groß und hat etwa 512.000 Einwohner (Stand: 31. Dezember 2015). Die Bevölkerungsdichte betrug Ende 2015 in den Landkreisen Burgenlandkreis und Saalekreis 130 und in Mansfeld-Südharz 98 Einwohner/km² (Sachsen-Anhalt: 110 Einwohner/km²). Die Region ist Teil des Verflechtungsraumes Halle-Leipzig, der eine wesentliche Leuchtturmfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung Mitteldeutschlands besitzt.

Innerhalb der Region Halle haben sich in den letzten Jahren eine Reihe integrierender bzw. interkommunaler Kooperationsformen entwickelt, die für das Modellvorhaben genutzt werden können. Die Region Halle gehört gemeinsam mit den Städten Leipzig und Jena zum Kernbereich der polyzentrisch aufgebauten Metropolregion Mitteldeutschland.

Als wichtige regionale Koordinierungsgruppe zwischen den drei Landkreisen und dem Oberzentrum Halle dient das „Regionalforum Halle“. Das Regionalforum ist eine Kommunikationsplattform für Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Wirtschafts- und Sozialpartnern, welches den Austausch zu verschiedenen überlokalen Themen fördert.

Die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels ist eine der Schlüsselaufgaben zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Region Halle. Folgt man den Prognosen, so wird die Region bis 2030 einen Bevölkerungsverlust von aktuell knapp 512.000 auf dann 436.000 verkraften müssen (-15 %).

Die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels, das heißt weiterer Bevölkerungsrückgang vor allem in den ländlichen Teilregionen und Zunahme des Anteils älterer Einwohner, erfordert komplexe Anpassungen in praktisch allen Lebensbereichen.



Karte Region Halle; Quelle: © isw Institut gGmbH

Anlass für das Modellvorhaben

Die absehbare Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung ruft darüber hinaus eine Reihe fiskalischer Herausforderungen für die Region Halle hervor. So ist mit sinkenden Zuweisungen an die kommunalen Haushalte aufgrund sinkender Einwohnerzahlen und sinkender Finanzkraft des Landes (Schlüsselzuweisungen, Gebühren, Beiträge) zu rechnen. Sowohl der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne als auch die Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen haben einen sehr starken Einwohnerbezug. Eine Verringerung der Einwohnerzahl schlägt sich also unmittelbar in der Finanzkraft des Landes nieder.

Weiterhin sind seit 2014 mit der aktuellen EU-Strukturfondsperiode und dem Auslaufen des Solidarpaktes II bis 2019 zusätzliche Einnahmerückgänge zu erwarten. Ferner erschwert der sogenannte Demografie-Effekt den Schuldenabbau der Landkreise. Aufgrund des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs im Land und in der strukturschwachen Region fällt die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung in der Regel immer ungünstiger aus als die Entwicklung der absoluten Schulden. Der Bevölkerungsverlust wirkt damit dem Schuldenabbau entgegen, indem sich die Schulden bei sinkender Bevölkerung auf weniger Einwohner verteilen. Die angespannte Haushaltslage zwingt die Kommunen und Landkreise, Prioritäten zu setzen und neue Wege zur Bereitstellung und Unterhaltung der öffentlichen Infrastrukturen zu finden.

Insbesondere die ländlichen Räume der Region sind von einem drohenden Verlust beziehungsweise Rückzug der Daseinsvorsorgeeinrichtungen aus der Fläche betroffen. Damit einhergehend sind Folgen wie Erreichbarkeitsprobleme und wachsende Kosten für die Nutzer, längerfristig Attraktivitätsverluste dieser ländlichen Räume als Wohn- und Wirtschaftsstandorte sowie eine weitere Verstärkung der Abwanderungstendenzen und Tragfähigkeitsprobleme.

Ziele des Modellvorhabens

Übergeordnetes Ziel des Modellvorhabens ist die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorgeinfrastruktur in der Region Halle, wobei der räumliche Fokus auf den Mittel- und Grundzentren der beteiligten Landkreise liegt. Es gilt, die aus der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung entstandenen Remanenzkosteneffekte zu minimieren.

Im Rahmen des Modellvorhabens sollen Teilprojekte initiiert werden, die jeweils einen unterschiedlichen Ansatz verfolgen. Die wesentlichen Zielstellungen sind:

- Konzept zur Kostenminimierung durch die multifunktionale Nutzung öffentlicher Infrastrukturen
- Konzept zur Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen durch die Entwicklung eines innovativen Ansatzes zur Sammlung und Verwertung von Elektro- und Elektronikaltgeräten

Arbeitsschritte

- Projektmanagement/Wissenstransfer
- Öffentlichkeitsarbeit
- Forschungsfeldkooperation
- Multivalente Nutzung von Infrastrukturen mit dem Ziel der Eruierung von geeigneten Infrastruktureinrichtungen in der Region Halle
- Entwicklung eines innovativen Ansatzes zur Sammlung und Verwertung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten (EEAG) mit den Zielen Kostenminimierung für kommunale Akteure und Erhöhung der Sammelquoten
- Erarbeitung von regionalen Lösungsansätzen zu mittel- bis langfristigen Handlungsspielräumen kommunaler Finanzakteure im lokalen und regionalen Kontext

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Das Forschungsfeld in Zahlen.....	4
Abbildung 2:	Ablauf des Modellvorhabens	5
Abbildung 3:	Modellregionen im MORO Lebendige Regionen	15

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Rechtsformen interkommunaler Kooperation	9
------------	--	---

Literaturverzeichnis

- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 1998: Interkommunale und regionale Kooperation. Variablen ihrer Funktionsfähigkeit. Hannover.
- Beier, Markus; Matern, Antje, 2007: Stadt-Umland-Prozesse und interkommunale Zusammenarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung. Hannover.
- Blume, Tillmann, 2009: Die ökonomischen Effekte regionaler Kooperation. Theorie und Empirie am Beispiel monozentrischer Regionen in Westdeutschland. Marburg.
- Blaeschke, Frédéric; Haug, Peter, 2014a: Does Intermunicipal Cooperation Increase Efficiency? Evidence from the Hessian Wastewater Sector. Halle. Zugriff: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/105437/1/810688174.pdf> [abgerufen am: 9.2.2017].
- Blaeschke, Frédéric; Haug, Peter, 2014b: Kommunale Kooperation und Effizienz. Das Beispiel der hessischen Abwasserversorgung. *Wirtschaft im Wandel*, 20 Jg. (4), S. 61–64
- Gawron, Thomas, 2009: Formen überörtlicher Kooperation zur Steuerung der Ansiedlung und Erweiterung von großflächigen Einzelhandelsvorhaben. Berlin. Zugriff: <http://www.mba-berlin.de/de/imb-community/forschung> [abgerufen am: 9.3.2017].
- Haug, Peter; Illy, Anette, 2011: Größe ist nicht alles – Die Effizienz der kommunalen Leistungserstellung am Beispiel Sachsen-Anhalts. *Wirtschaft im Wandel*, 17. Jg. (10), S. 347–355. Zugriff: http://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/publications/wirtschaft_im_wandel/10-11_1.pdf [abgerufen am: 9.2.2017].
- Portz, Norbert; Düsterdiek, Bernd; Fuchs, Timm, 2005: Interkommunale Zusammenarbeit – Praxisbeispiele, Rechtsformen und Anwendung des Vergaberechts. Zugriff: <https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Publikationen/Dokumentationen/Nr.%2051%20-%20Interkommunale%20Zusammenarbeit%20%E2%80%93%20Praxisbeispiele,%20Rechtsformen%20und%20Anwendung%20des%20Vergaberechts/doku51.pdf> [abgerufen am: 9.2.2017].
- Rosenfeld, Martin T. W.; Bischoff, Ivo; Bergholz, Christian.; Melch, Simon; Haug, Peter; Blaeschke, Frédéric, 2016: Im Fokus: Interkommunale Kooperation ist deutlich im Kommen – Ergebnisse einer Kommunalbefragung des IWH und der Universität Kassel. *Wirtschaft im Wandel*, 22 Jg. (1), S. 9–12.
- Schneider, Stefan, 2016: Kommunale Finanzen als regionale Aufgabe. Präsentation zur Auftaktveranstaltung des MORO Lebendige Regionen am 9. Mai 2016. Berlin.
- Schulze-Hönerhoff, Barbara, 2012: Interkommunale Kooperation in ländlichen Räumen. Untersuchung des Instrumentes hinsichtlich der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen. Berlin.
- Seuberlich, Marc, 2012: Interkommunale Zusammenarbeit als Rettungsanker? Wie die Länder dieses Instrument für ihre Kommunen nutzen. *dms – der moderne Staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 5. Jg. (1), S. 105–124.

Kontakt

Forschungsassistentz

SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung
Dr. Katrin Bäumer, Dr. Florian Langguth
Skalitzer Straße 68
10997 Berlin
lebendigeregionen@sprintconsult.de

Institut Arbeit und Technik (IAT)
Forschungsschwerpunkt Raumkapital
Elke Dahlbeck, Franz Flögel, Dr. Stefan Gärtner, Dr. Karin
Weishaupt
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen
floegel@iat.eu

Finanzwissenschaftliche Begleitforschung

Institut Arbeit und Technik (IAT)
Forschungsschwerpunkt Raumkapital
Franz Flögel, Dr. Stefan Gärtner
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen
floegel@iat.eu

Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur
und Daseinsvorsorge e.V.
Philip Glinka, Prof. Dr. Thomas Lenk, Tim Starke
Universität Leipzig
Augustusplatz 10
04109 Leipzig
starke@wifa.uni-leipzig.de



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Deichmanns Aue 31-37

53179 Bonn

Referat I 1, Raumentwicklung

Dr. Jana Hoymann

jana.hoymann@bbr.bund.de

Auftragnehmer und Autoren

SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung

Institut für Arbeit und Technik

Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V.

Satz und Grafik

Kristin Apitz, CONVIS Consult & Marketing GmbH

Stand

November 2017

Druck

Laserline Druckzentrum Berlin KG

1. Auflage, 1.000 Exemplare

Bezugsquelle

REF-1-1@BBR.Bund.de

Stichwort: MORO-Informationen Heft Nr. 16/2 2017

Bildnachweis

BAMBERG Tourismus & Kongress Service: Seite 20

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI): Seite 15

Fotolia © miboffb: Titel

Franz Flögel: Seite 11, S.13

Kreis Bergstraße: Seite 16

Kubak: Seite 6, S. 22

Verband Region Stuttgart/G.Stoppel: Seite 18

Visual Facilitators GmbH: Seite 8

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers oder der wissenschaftlichen Begleitung identisch.

Das Forschungsvorhaben wurde aus Mitteln der Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) finanziert.

Selbstverlag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn 2017

ISSN 1614-8908

